

Wirtschaftsschule KV Chur

Berufsmaturaprüfung 2014

Volkswirtschaft, Betriebs- und Rechtskunde Serie 1

Zeit 90 Minuten

Hinweis Die Benützung eines netzunabhängigen Taschenrechners sowie des Gesetzbuches (OR, ZGB, SCHKG) ist erlaubt.

Kandidatennummer _____

Name, Vorname _____

Bewertung	Aufgabe 1	10 Punkte	_____
	Aufgabe 2	10 Punkte	_____
	Aufgabe 3	12 Punkte	_____
	Aufgabe 4	16 Punkte	_____
	Aufgabe 5	12 Punkte	_____
	Aufgabe 6	20 Punkte	_____
	Aufgabe 7	<u>20 Punkte</u>	_____
	Total	100 Punkte	_____
		Note	_____

Die Experten _____

Aufgabe 1 (10 Punkte)

Wie heisst der Fachausdruck für die folgenden Umschreibungen? (je 1 Punkt)

- a) Alle übrigen Anspruchsgruppen ausser den Eigentümern, wie etwa Mitarbeiter, Kunden, Lieferanten usw. werden unter diesem englischen Begriff zusammengefasst.

- b) Englische Bezeichnung für jene graphische Darstellung, die Auswirkungen, Abhängigkeiten und Wechselwirkungen einer möglichen Entscheidung aufzeigt.

- c) Verbindliches internes Arbeitspapier, welches die Absichten und Prioritäten der zukünftigen Unternehmungsentwicklung für die nächsten 5 – 10 Jahre aufzeigt.

- d) Bezeichnung für die Gliederung eines Organigramms nach Tätigkeiten bzw. Aufgaben.

- e) Marktschicht, welche eine Gruppe von Kunden mit ähnlichen Bedürfnissen umfasst.

- f) Bezeichnung für jene Gruppe von Wertpapieren, die durch Zession übertragen werden.

- g) Bürgschaft, bei welcher der Gläubiger bereits nach erfolgloser Mahnung des Hauptschuldners auf den Bürgen greifen kann.

- h) Rechtliche Bezeichnung für die Möglichkeit des Gläubigers bei einer mangelhaften Lieferung von Waren den Vertrag rückgängig zu machen.

- i) Abgekürztes Konkursverfahren bei dem keine Mitwirkung der Gläubiger stattfindet.

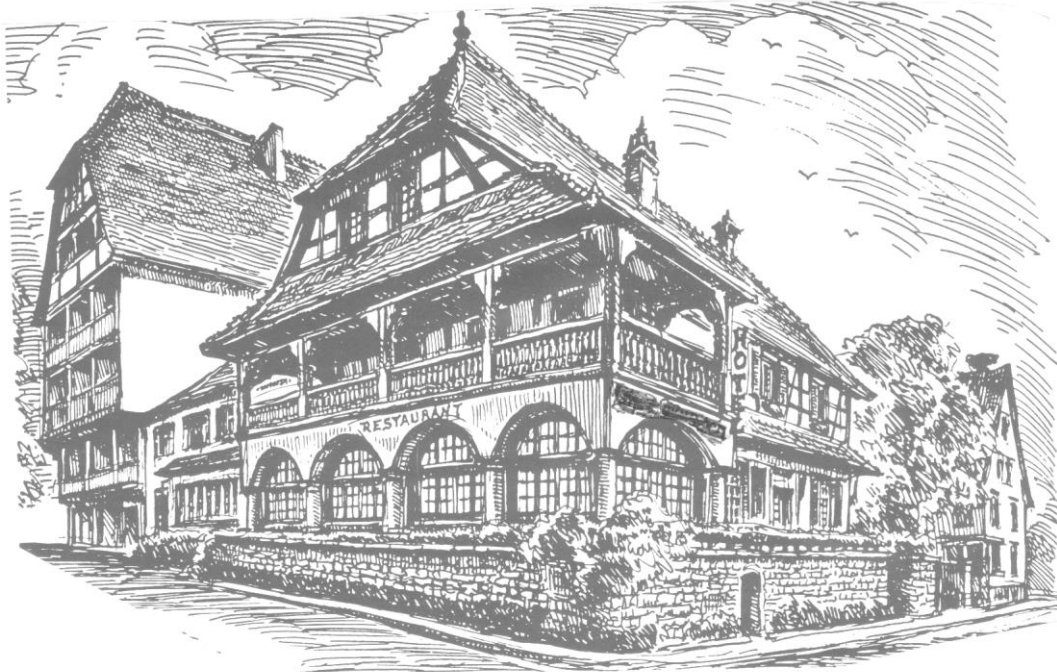
- j) Diese Rechte geben lediglich einen Anspruch auf etwas. Sie werden deshalb auch als relative Rechte bezeichnet.

Aufgabe 2 (10 Punkte)

Sachverhalt (gilt für die Aufgaben 2 bis 5):

Das Romantikhôtel Storchenburg liegt in Altenrhein am Bodensee und hat 48 Gastbetten. Zur Storchenburg gehören auch das Restaurant mit 80 Sitzplätzen und zugehöriger Seeterrasse (zusätzliche 50 Sitzplätze) sowie die Storchenbar.

Das Hotel wird in vierter Generation von Beat Mettler, einem ausgewiesenen Spitzenkoch, geführt. Nach dem Tod des Vaters Leonhard Mettler, der das Hotel noch als Einzelfirma geführt hatte, wurde der Gastrobetrieb auf den 1.1.2007 in eine Aktiengesellschaft überführt. Das Aktienkapital von einer Million Franken wurde nur zu 75% durch die Übernahme von Aktiven und Passiven der bisherigen Einzelunternehmung liberiert. Neben Beat Mettler, der 50% der Aktien übernommen hat, sind noch seine Mutter Frieda Mettler-Köppel sowie seine Schwester Helga Mettler Weder mit je 25% an der Storchenburg AG beteiligt. Der Bruder Erich Mettler liess sich seinen Anteil an der Erbschaft des verstorbenen Vaters durch Beat Mettler auszahlen. Beat Mettler ist der einzige Verwaltungsrat der Storchenburg AG.



Romantikhôtel Storchenburg, Altenrhein

Fragen zur Rechtsform

- a) Im vorliegenden Fall fand eine Übernahme von Aktiven und Passiven der erloschenen Einzelfirma statt? Wie lautet der Fachausdruck für diese Gründungsart? (1 Punkt)

- b) Welche rechtliche Voraussetzung ist neben Mindestkapital und HR-Eintrag für die Gründung einer AG noch zwingend erforderlich? (1 Punkt)

- c) Weshalb mussten im vorliegenden Fall Namenaktien gewählt werden? Geben Sie auch den zutreffenden Gesetzesartikel an! (2 Punkte)

OR-Artikel: _____ Begründung: _____

- d) In den Statuten der *Storchenburg AG* steht, dass die Aktien nur mit Zustimmung des Verwaltungsrates an Mitglieder der Familie (Verwandte) veräussert werden dürfen. (3 Punkte)

- 1) Wie bezeichnet man solche Aktien? _____
- 2) Unter welchen Voraussetzungen kann der Verwaltungsrat seine Zustimmung zur Übertragung der fraglichen Namenaktien nur verweigern?

- e) Welche Aussagen zur AG treffen zu? Richtige Aussagen ankreuzen! (3 Punkte)

- Nur Aktionäre können in den Verwaltungsrat gewählt werden.
- Die AG ist die in der Schweiz am häufigsten vorkommende Rechtsform.
- Die AG braucht in jedem Fall eine Revisionsstelle.
- Die Generalversammlung beschliesst über die allfällige Einberufung des noch nicht voll einbezahlten Aktienkapitals.
- Aktionäre dürfen nicht in die Revisionsstelle gewählt werden.
- Als juristische Person ist die AG ein selbständiges Steuersubjekt.
- Die Generalversammlung entscheidet mit dem absoluten Mehr der vertretenen Aktienstimmen. Enthaltungen haben daher die Wirkung von Nein-Stimmen.

Aufgabe 3 (12 Punkte)

Sachverhalt: Im Mai 2013 führten heftige Niederschläge dazu, dass der Bodensee infolge Hochwasser an einigen Stellen über die Ufer trat. Dies geschah auch in Altenrhein, wo Wasser in die Storchenbar sowie in die private Tiefgarage von Beat Mettler eindrang, da sich diese in den Kellerräumen der Storchenburg befinden. Wegen der anschliessenden Renovations- und Reinigungsarbeiten musste die Storchenbar während vier Wochen geschlossen bleiben.

- a) Welche Versicherung kommt für die folgenden Schäden auf? (4 Punkte)

- 1) Ersatz der Bareinrichtung (Tische, Sessel, Teppiche usw.)

- 2) Malerarbeiten an der Aussenfassade und in der Bar

- 3) Schaden am Auto von Beat Mettler

- 4) Schliessung der Storchenbar während vier Wochen

Aufgabe 6 (20 Punkte)

Zahlungsbilanz der Schweiz

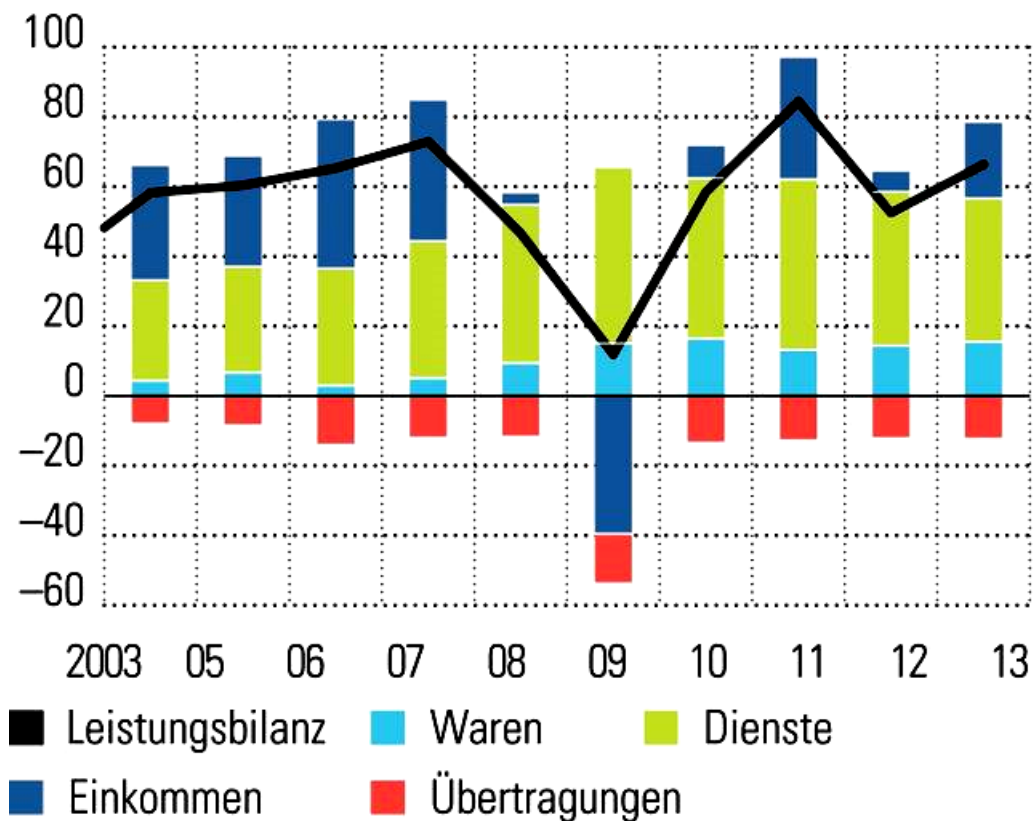
erschienen in der NZZ vom Donnerstag, 15. August, 2013

Höherer Leistungsbilanzüberschuss dank Direktinvestitionen

mla. · Im Jahr 2012 hat die Schweiz einen Leistungsbilanzüberschuss von 66 Mrd. Fr. oder 11% des Bruttoinlandprodukts (BIP) erzielt. Dies teilte die Schweizerische Nationalbank (SNB) am Donnerstag mit. Den grössten Beitrag zu diesem Überschuss hat der Aussenhandel mit Dienstleistungen (Saldo: 41 Mrd. Fr.) geleistet, es folgen Arbeits- und Kapitaleinkommen (Saldo: 21,6 Mrd. Fr.) und Warenhandel (Saldo: 15,5 Mrd. Fr.).

Erneut steigender Überschuss

Leistungsbilanzsaldo der Schweiz, in Mrd. Fr.



QUELLE: SNB

NZZ-INFOGRAFIK/tcf.

Gegenüber 2011 hat der Leistungsbilanzüberschuss um 14 Mrd. Fr. zugenommen, wobei primär höhere Einnahmen aus schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland den Ausschlag gaben.

Rückläufiger Transithandel

Im Handel mit Waren nahm der Überschuss um 1 Mrd. Fr. zu. Dabei stiegen die Exporte von Präzisionsinstrumenten, Uhren und Bijouteriewaren sowie von Erzeugnissen der chemisch-pharmazeutischen Industrie um 7% bzw. 6%, während die Ausfuhren der Maschinen- und Elektronikindustrie (-10%) und der Metallindustrie (-8%) einen deutlichen Rückgang verzeichneten. Im Dienstleistungshandel sank der Überschuss gegenüber dem Vorjahr um 3 Mrd. Fr. Während die Einnahmen aus dem Tourismus sowie Finanzdiensten stabil blieben im Vergleich zu 2011, gingen sie im Transithandel (vor allem Rohstoffe und Energieträger) um 3%

e) Weshalb hat der Leistungsbilanz-Saldo 2012 gegenüber dem Vorjahr so stark zugenommen? (1 Punkt)

f) Bei den Waren nahm der Exportüberschuss 2012 um 1 Mrd. Franken zu. In welchen zwei Branchen waren die Ausfuhren trotzdem rückläufig? (2 Punkte)

Nennen Sie einen möglichen Grund für diesen Rückgang!

g) Welche Änderungen haben sich in Bezug auf den Beitrag des Finanzplatzes zur Leistungsbilanz seit 2007 ergeben? (2 Punkte)

h) Die Schweiz hatte 2012 einen sehr hohen Leistungs- bzw. Ertragsbilanzüberschuss. Welche Auswirkungen dürfte dies auf den Saldo der Kapitalverkehrsbilanz gehabt haben? (1 Punkt)

3.2 Welche der folgenden Aussagen sind falsch? Stellen Sie diese auf der folgenden Zeile richtig! (8 Punkte)

Greift die Nationalbank auf dem Devisenmarkt beim System der flexiblen Wechselkurse nicht ein, so spricht man von „sauberem Floating“.

Steigt der Wechselkurs des EURO von CHF 1.20 auf CHF 1.25, so liegt eine Abwertung des Schweizer Frankens (CHF) vor.

Nach dem Beitritt von Kroatien (2013) zählt die EU 29 Mitgliedstaaten.

Der EU-Binnenmarkt beruht auf den vier Grundfreiheiten: Freier Warenverkehr, freier Personenverkehr, freier Reiseverkehr und freier Kapitalverkehr.

- Die Mitglieder der Europäischen Währungsunion haben ihre geldpolitischen Kompetenzen an die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt übertragen.
-

- Als 18. Land ist auf den 1.1.2014 Litauen der Europäischen Währungsunion beigetreten und hat nun den Euro als offizielle Währung.
-

- Die Weltbank hat 1967/68 Sonderziehungsrechte als künstliche Währung in Form von Buchgeld eingeführt.
-

- Wichtigster Handelspartner der Schweiz sind die USA vor Deutschland.
-

Aufgabe 7 (20 Punkte)

Nachfolgend werden Aussagen zu verschiedenen Gebieten der Betriebs- und Rechtskunde gemacht. Bei den Fragen zur Rechtskunde ist von der gesetzlichen Regelung auszugehen. Kreuzen Sie jeweils die richtigen Aussagen an. Es können eine oder mehrere Aussagen richtig sein. (je 2 Punkte)

a) Öffentliches Recht

- Dieses regelt die Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Bürger
- Dazu gehört auch das SchKG
- Das Gesetz über die Erbschaftssteuer sowie das Erbrecht gehören zum öffentlichen Recht
- Alle Vorschriften des öffentlichen Rechts haben zwingenden Charakter
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig

b) Nichtigkeit von Verträgen

- Die vom Mangel betroffene Partei muss innerhalb eines Jahres, nach dem sie vom Mangel Kenntnis erhalten hat, auf Nichtigkeit klagen
- Ein wesentlicher Irrtum führt automatisch zur Nichtigkeit des Vertrages
- Bei Nichtigkeit eines Vertrages können die Parteien das bereits Geleistete zurückverlangen
- Die Nichtbeachtung einer gesetzlichen Formvorschrift hat die Nichtigkeit des Vertrages zur Folge
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig

c) Organisation

- Mit einer Breitengliederung wird der Dienstweg verlängert
- Die Bildung von Profit Centers ist vor allem bei einer produktorientierten Gliederung des Organigramms sinnvoll
- Eine Stabstelle gehört zur Geschäftsleitung und kann Weisungen erteilen
- Die Stellenbeschreibung (auch Pflichtenheft) gehört zur Ablauforganisation
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig

d) Marktgrößen

- Bei einem Monopol sind Marktvolumen und Marktpotenzial gleich gross
- Je grösser der Marktsättigungsgrad, desto geringer ist das Marktwachstum
- Ist der mengenmässige Marktanteil einer Unternehmung kleiner als der wertmässige, so sind deren Produkte teurer als die der Konkurrenz
- Unter dem Marktpotenzial versteht man den realisierten Absatz aller Unternehmungen auf einem bestimmten Markt
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig

e) Mietzinserhöhung bei Wohnungen

- Eine Mietzinserhöhung muss dem Mieter auf einem Formular mitgeteilt werden
- Trifft die Mitteilung über die Mietzinserhöhung zu spät beim Mieter ein, so ist diese nichtig
- Der Vermieter muss eine Mietzinserhöhung nicht begründen
- Will der Vermieter den Mietzins auf den 1. Oktober erhöhen, so muss der Mieter bis spätestens am 20. Juni im Besitz der entsprechenden Mitteilung sein
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig

f) Betreibungsarten

- Privatpersonen, die nicht im HR eingetragen sind, können nur auf Pfändung betrieben werden
- Für eine Mehrwertsteuerschuld wird eine GmbH auf Konkurs betrieben
- Ein Kollektivgesellschafter wird auch für private Alimentenschulden auf Konkurs betrieben
- Betreibungsort ist bei allen Betreibungsarten der Wohnort des Schuldners
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig

g) Kaufvertrag

- Bei allen Haustürgeschäften gilt generell ein Rücktrittsrecht von 7 Tagen
- Erfüllungsort für die Warenschuld ist nach Gesetz immer der Wohnort des Verkäufers
- Bei einem Fixkauf braucht es keine Liefermahnung und der Verkäufer fällt direkt in Verzug
- Durch die Bestellung eines Artikels aufgrund eines Angebotes in einem Katalog kommt noch kein Kaufvertrag zustande
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig

h) Eheliche Güterstände

- Der Güterstand hat keinen Einfluss auf die Besteuerung eines Ehepaars
- Bei der Gütergemeinschaft gibt es 3 Vermögensteile
- Bei der Errungenschaftsbeteiligung wird der Vorschlag (Errungenschaft) hälftig geteilt, den Rückschlag muss der jeweilige Ehegatte alleine tragen
- Bei der Gütertrennung besteht keine gegenseitige Auskunftspflicht über das Vermögen
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig

i) Erbrecht

- Der überlebende Ehegatte erbt nach Gesetz in jedem Fall mindestens die Hälfte der Erbschaft
- Setzt der verheiratete kinderlose Erblasser seine Ehefrau auf den Pflichtteil, so beträgt die dadurch frei gewordene Quote mindestens $\frac{3}{8}$ der Erbschaft
- Mit dem Testament kann die güterrechtliche Teilung anders geregelt werden, als es das Gesetz vorsieht
- Eine Erbschaft kann innert 6 Monaten nach dem Tod des Erblassers ausgeschlagen werden
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig

j) Steuern

- Eine natürliche Person mit einem steuerbaren Vermögen von 1 Million muss für dieses in der ganzen Schweiz gleich viel direkte Bundessteuer zahlen
- Wenn eine natürliche Person während des Jahres von einem Kanton in einen anderen zieht, so teilen sich die beiden Kantone die Steuern anteilmässig
- Die Verrechnungssteuer beträgt 35% und wird auf den Dividenden von in- und ausländischen Aktien erhoben
- Die für die Säule 3a geleisteten Beiträge können von der zu bezahlenden Steuerschuld (Steuerrechnung) abgezogen werden
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig